

# Heimvertrag Haus Klosterreben

01.01.2021 DSGVO konform

## 1. Vertragspartner

1.1. Sozialzentrum Rankweil GmbH  
6830 Rankweil, Klosterreben4  
als Heimträger

1.2. \_\_\_\_\_  
als Bewohnerin bzw. Bewohner

vertreten durch (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- Sachwalterin bzw. Sachwalter  
ausgewiesen durch Urkunde (siehe Anlage)
- einstweilige Sachwalterin bzw. einstweiliger Sachwalter  
ausgewiesen durch Urkunde (siehe Anlage)
- schriftliche Bevollmächtigte bzw. Bevollmächtigter,  
ausgewiesen durch Vollmacht (siehe Anlage)

Die Sachwalterin bzw. der Sachwalter nimmt die Rechte der Betroffenen bzw. des Betroffenen ausschließlich in deren bzw. dessen Namen wahr. Eine darüber hinausgehende Selbstverpflichtung besteht nicht.

Eine pflegschaftsgerichtliche Genehmigung des Heimvertrages

- befindet sich im Anhang
- besteht nicht

## 2. Vertragsdauer (nicht zutreffendes bitte streichen)

2.1. Das Vertragsverhältnis beginnt am ..... und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

2.2. Das Vertragsverhältnis ist befristet. Es beginnt am ..... und endet am ..... ohne dass es einer Kündigung bedarf.

## 3. Unterkunft

Der Bewohnerin bzw. dem Bewohner wird zur Nutzung überlassen:

Platz im Einzelzimmer Nr.....

Platz im Doppelzimmer Nr.....

Über die sich aus der Heimbauverordnung ergebende Anforderungen hinaus ist das Zimmer ausgestattet mit:

- Telefonanschluss (verrechnet werden NUR ausgehende Gesprächsgebühren)
- Kabel-TV (Gebühr € 4,00 monatlich)

Vom Heim werden folgende Einrichtungsgegenstände (laut Inventarliste) zur Verfügung gestellt:

- Bett mit Nachtkasten
- Kleiderschrank
- Einbaugarderobe mit Kästen
- 1 Tisch
- 2 Stühle

Der Bewohnerin bzw. dem Bewohner ist es gestattet, eigene Einrichtungsgegenstände unter Berücksichtigung feuerpolizeilicher Bestimmungen und hygienischer Anforderungen einzubringen (Verzeichnis darüber siehe Anlage).

Der Heimträger haftet für solche von der Bewohnerin bzw. vom Bewohner eingebrachte Kostbarkeiten, Geld und Wertpapiere, die dem Heim zur Verwahrung übergeben oder in einem Tresor hinterlegt wurden, und zwar grundsätzlich bis zur Höhe von Euro 550,- darüber hinaus nur bei Verschulden des Heimträgers oder seines Personals. Übernimmt der Heimträger diese Sachen in Kenntnis ihrer Beschaffenheit zur Aufbewahrung, so trägt er dafür jedenfalls die volle Haftung.

Für den Abschluss einer Haushaltsversicherung hat die Bewohnerin bzw. der Bewohner selbst Rechnung zu tragen.

Die Kosten für Instandhaltungsarbeiten im zugewiesenen Zimmer, die auf eine normale Abnutzung zurückzuführen sind, trägt der Heimträger.

Ist die Bewohnerin bzw. der Bewohner auf Kosten der Sozialhilfe im Heim untergebracht, so ist die Leistung der Unterkunft davon gedeckt.

#### **4. Gemeinschaftsräume und Therapieeinrichtungen**

##### 4.1. Gemeinschaftsräume und –Einrichtungen

Die Bewohnerin bzw. der Bewohner ist berechtigt, folgende Gemeinschaftsräume und Einrichtungen laut Heimordnung mitzubenenützen:

- Aufenthaltsräume samt den darin zur Verfügung gestellten Einrichtungsgegenständen sowie Spiel- und Unterhaltungsmöglichkeiten
- Garten
- Kapelle

##### 4.2. Therapiebezogene Räume

Folgende Räume stehen der Bewohnerin bzw. dem Bewohner bei Bedarf zur Verfügung:

- Therapieraum
- Sonstiges (z.B. Aussprachezimmer, etc.)

## 5. Verpflegung

Im Rahmen der Normalverpflegung (Frühstück, Mittagessen, Abendessen, Jause) bietet der Heimträger bei entsprechender Indikation Diät und Schonkost an. Die Essenszeiten entsprechen allgemein üblichen Mahl- und Ruhezeiten. Ist die Bewohnerin bzw. der Bewohner auf Kosten der Sozialhilfe im Heim untergebracht, sind die Normalverpflegung und die besondere Verpflegung davon gedeckt.

## 6. Betreuung

6.1. Die Grundbetreuung umfasst:

- tägliches Aufbetten und tägliche (Arbeitstage) Reinigung des Zimmers
- in regelmäßigen Abständen von 14 Tagen und bei Bedarf Bereitstellung und Reinigung der Bettwäsche sowie die Bereitstellung der Handtücher und Waschlappen zweimal wöchentlich und bei Bedarf.
- Reinigung der privaten Kleidung nach Bedarf, mit Ausnahme chemischer Reinigung
- Unterstützung der Pflege der Beziehungen zur Umwelt und der Teilnahme am kulturellen Leben in angemessenem Ausmaß wie insbesondere Organisation von Heimaktivitäten (zB. Geburtstagsfeier, Weihnachtsfeier, Ausflüge, )
- Bereitschaftsdienst (Notruf rund um die Uhr)
- Betreuung und Pflege bei Erkrankungen
- Besorgung von Medikamenten
- sonstige Unterstützung in persönlichen Angelegenheiten wie z.B. die Verwaltung von Geldern der Bewohnerin bzw. des Bewohners
- weitere Grundbetreuungsleistungen: z.B. Verwaltungsservice (z.B. Unterstützung bei der Bearbeitung von Angelegenheiten mit Behörden, Sozialversicherungsanstalten, Geldinstituten, Verwaltung des Depotgeldes,...)

Ist die Bewohnerin bzw. der Bewohner auf Kosten der Sozialhilfe im Heim untergebracht, ist die Leistung der Grundbetreuung davon gedeckt.

6.2. Zusätzlich zur Grundbetreuung werden unter anderen folgenden Leistungen (Sonderleistungen) angeboten:

- Zimmertelefon (Grundgebühr für Apparat plus Telefoneinheiten)
- Abonnement von Tageszeitungen und Zeitschriften
- Zimmerservice (Essen aufs Zimmer ohne pflegerisches Erfordernis)

6.3. Leistungen, die von dritten Personen (z.B. Arzt, Apotheke, Physiotherapie, Friseur, Fußpflege, Teilnahme an Veranstaltungen, sofern sie nicht zur Grundbetreuung zählen) erbracht werden, sind nicht Vertragsgegenstand und daher von der Bewohnerin bzw. dem Bewohner gesondert und direkt mit dem

jeweiligen Dienstleister zu verrechnen.

## 7. Pflegeleistungen

Der Heimträger verpflichtet sich, der Bewohnerin bzw. dem Bewohner durch geeignetes Personal zweckmäßig und hygienisch einwandfrei der jeweiligen Pflegeeinstufung entsprechend eine angemessene Pflege zu erbringen. Behandlungspflege wird je nach Bedarf und Erfordernis sowie auf Anordnung des behandelnden Arztes erbracht. Ist die Bewohnerin bzw. der Bewohner auf Kosten der Sozialhilfe im Heim untergebracht, sind die Pflegeleistungen davon gedeckt.

## 8. Entgelt für Pflegeleistungen, Unterkunft, Normalverpflegung und Grundbetreuung

Die Heimbewohnerin bzw. der Heimbewohner hat bei Heimeintritt einen Pflegebedarf der Stufe ..... Die Heimbewohnerin bzw. der Heimbewohner hat für die in dieser Pflegestufe zu erbringende angemessene Pflegeleistung ein tägliches Entgelt (siehe Tabelle) in Höhe von Euro .....(in Worten) ..... zu zahlen.

Pflegestufe 1	EUR	66,00
Pflegestufe 2	EUR	83,92
Pflegestufe 3	EUR	107,71
Pflegestufe 4	EUR	142,51
Pflegestufe 5	EUR	167,08
Pflegestufe 6	EUR	186,28
Pflegestufe 7	EUR	205,00

Davon entfallen auf die  
Unterkunft Euro 25,93  
Normalverpflegung Euro 13,80  
Grundbetreuung Euro .....

Das vereinbarte Entgelt enthält die anteiligen Betriebs-, Heizungs- und Stromkosten, die notwendigen Instandhaltungskosten, die Unterkunft, die Normalverpflegung (einschließlich einer Diät und Schonkost) und die Grundbetreuung. Wir behalten uns das Recht vor, diese Werte jederzeit zu überarbeiten und zu verändern. Dies bedarf keiner zusätzlichen schriftlichen Mitteilung. Übernimmt ein anderer Kostenträger die Zahlung des Entgelts, so rechnet der Heimträger unmittelbar mit dem Kostenträger ab.

- 8.1. Pflegenotwendige Maßnahmen, z.B. der Einsatz einer sogenannte Antidekubitus Matratzen, zur Prophylaxe vor möglichem Wundliegen und zur Verhinderung von Druckgeschwüren (Dekubitus), sowie zur schmerzlindernden Lagerung, werden gesondert verrechnet.

## 9. Zahlungsmodalitäten

- Das Entgelt ist monatlich, innerhalb von fünf Tagen nach Vorschreibung, auf das Konto bei der Raiffeisenbank Rankweil **IBAN: AT61 3746 1000 0008 8468**, des Heimträgers, zu überweisen.
- Die Bewohnerin bzw. der Bewohner ermächtigt den Heimträger, das vorgeschriebene Entgelt innerhalb von fünf Tagen nach Vorschreibung von seinem Konto IBAN ..... bei folgender Bank ..... einzuziehen (Einzugsverfahren).

Die Abrechnung erfolgt monatsweise nach Anzahl der Tage. Der Eintritts- und Austrittstag wird voll verrechnet. Im Entgelt nicht enthaltene Dienstleistungen werden jeweils für einen Monat im Nachhinein verrechnet.

Bis zum Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung der Sozialhilfebehörde, ob die Unterkunfts- und Verpflegungskosten im Heim aus Mitteln der Sozialhilfe zu übernehmen sind, hat die Bewohnerin bzw. der Bewohner monatlich **eine Akontozahlung in Höhe von 80% ihrer/seiner Pension und Renten** (inklusive Zulagen, Zuschläge, jedoch ohne Sonderzahlung) **und ihres/seines gesamten Pflegegeldes. Der pflegebedürftigen Person gebührt für diese Zeit ein monatliches Taschengeld in der Höhe von 10 Prozent der Pflegestufe 3, das ist derzeit monatlich EUR 44,30.**

**Diese Akontozahlung ist bei einer Neuaufnahme ins Haus Klosterreben VOR dem Einzug auf das Konto des Heimträgers bei der Raiffeisenbank Rankweil, Konto Nr. 88468, BLZ 37 461 zu überweisen.**

Bei Zahlungsverzug werden Mahngebühren in Höhe von sieben Euro und bankmäßige Verzugszinsen in Höhe von 3% über dem jeweiligen Diskontsatz der österreichischen Nationalbank berechnet.

Der Bewohnerin bzw. dem Bewohner verbleibt nach Entrichtung des Entgelts bzw. der Übernahme des Entgelts durch Träger der Sozialversicherung oder Sozialhilfe ein Betrag, über den sie bzw. er selbständig verfügen kann. Die Höhe dieses Betrages ergibt sich bei Übernahme des Entgeltes aus Mitteln der Sozialhilfe aus dem entsprechenden Bescheid.

## 10. Minderung bzw. Rückerstattung des Entgelts

Entgeltminderung bei Abwesenheit (Krankenanstalt oder sonstigen stationären Einrichtungen für medizinische Maßnahmen oder Urlaub) wird **ab dem 1. Tag** ein Betrag von € 15,00 Abschlag gutgeschrieben.

**Abschlagstarif 2020**

Pflegestufe 1	EUR	48,54
Pflegestufe 2	EUR	66,20
Pflegestufe 3	EUR	89,65
Pflegestufe 4	EUR	123,94
Pflegestufe 5	EUR	148,15
Pflegestufe 6	EUR	167,09
Pflegestufe 7	EUR	185,54

**11. Veränderung des Entgelts**

11.1. Entgeltänderung im Zuge von Kostenerhöhung

Das Entgelt wird jährlich zum 1.1. eines Jahres entsprechend der Anerkennung von Entgelten für die Pflegeheime durch das Land Vorarlberg als Träger der Sozialhilfe angepasst. Eine Tarifierhöhung wird spätestens 2 Wochen vor dem Zeitpunkt, zu dem sie wirksam werden soll, unter Angabe des Grundes und unter Vorlage der Kostenübersicht bekannt gemacht. Tarifsenkungen wirken ab Eintritt der Voraussetzungen.

Der Heimträger ist berechtigt und verpflichtet, das Entgelt ohne Zustimmung der Bewohnerin bzw. des Bewohners zu erhöhen oder zu senken, wenn sich die bisherige Berechnungs- bzw Kalkulationsgrundlage des Entgelts durch Umstände, die unabhängig vom Willen des Heimträgers sind, maßgeblich verändert haben. Hierbei handelt es sich um:

- Änderungen der vereinbarten Löhne und Gehälter im Zuge von Änderungen der Kollektivverträge oder Vertragsbediensteten-Gesetze
- Änderungen der öffentlichen Abgaben
- Änderungen der gesetzlichen Grundlagen betreffend die gesetzliche Arbeitszeit und die Urlaubsansprüche sowie den Personalschlüssel oder Ausbildungsstand des Personals, gesetzlich oder durch die Heimaufsichtsbehörde vorgeschriebene Änderungen der Standards der Zimmer, der Hygiene- und Küchenstandards sowie der Sicherheits- und Umweltstandard
- Veränderungen der Tagessätze bzw. Tarife durch den Träger der Sozialhilfe, sofern diese Entgeltänderung vom Willen des Heimträgers unabhängig ist
- Änderungen betreffend den Leistungsumfang von Sozialversicherungsträgern, wo weit der Heimträger infolge dessen seinen Leistungsumfang ausweitet bzw verringert.

Eine durch den Heimträger einseitig vorgenommene Erhöhung muss jedenfalls angemessen sein. Entgelterhöhungen sind unverzüglich, spätestens jedoch vier Wochen vor der tatsächlichen Erhöhung der Bewohnerin bzw. dem Bewohner schriftlich bekannt zu geben. Entgeltsenkungen sind der Bewohnerin bzw. dem Bewohner unverzüglich bekannt zu geben und gut zu schreiben bzw. bei der nächstfolgenden Vorschreibung zu berücksichtigen.

11.2. Entgeltänderungen im Zuge von Leistungsänderungen

Der Heimträger ist berechtigt das Entgelt zu ändern, wenn sich der Pflegebedarf der Bewohnerin bzw. des Bewohners geändert hat. Die Abgeltung der geänderten Leistungen des Heimes erfolgt gemäß Punkt 8. Die Bewohnerin bzw. der Bewohner verpflichtet sich zur Antragstellung auf Erhöhung des Pflegegeldes bei erhöhtem Pflegebedarf und zur Bekanntgabe der festgesetzten Pflegegeldstufe. Kommt die Bewohnerin bzw. der Bewohner bei Veränderung des Pflegebedarfs der Antragstellung auf Neubemessung des Pflegegeldes nicht nach, so ist der Heimträger berechtigt für die Bewohnerin bzw. den Bewohner einen entsprechenden Antrag zu stellen. Bei geringerem Betreuungs- oder Pflegebedarf ist die Bewohnerin bzw. der Bewohner berechtigt, eine Herabsetzung der Pflegestufe zu beantragen.

**12. Kautionsleistung und Depotgeld**

12.1. Von der Bewohnerin bzw. dem Bewohner sind keine Kautionsleistungen zu erbringen

12.2. Beim Eintritt ins Heim kann die Bewohnerin bzw. der Bewohner auf ein Depotkonto einen Betrag in Höhe von Euro ..... einzahlen. Dieses Depotgeld wird vom Heimträger treuhänderisch verwaltet und dient zur Abdeckung kleinerer Ansprüche des Heimträgers oder Dritter (z.B. Fußpflege, Frisör, Rezeptgebühren). Bei Absinken des Betrages auf weniger als ein Viertel ist er auf Verlangen der Heimleitung wieder voll zu ergänzen. Das Depotgeld wird bei Auflösung des Vertrages mit der Bewohnerin bzw. dem Bewohner verrechnet.

12.3. Die Buchführung auf dem Depotkonto ist von der Bewohnerin bzw. dem Bewohner oder von den dazu bevollmächtigten Personen während der Bürozeiten einsehbar. Auf Verlangen wird ein Kontoauszug ausgehändigt. Durch das Führen dieses Depotkontos entstehen für die Bewohnerin bzw. dem Bewohner keine zusätzlichen Kosten.

**13. Beendigung von befristeten Verträgen**

Ein auf bestimmte Zeit abgeschlossener Vertrag endet durch Fristablauf. Das Recht auf Kündigung bzw. Auflösung des Vertrages durch die Bewohnerin bzw. den Bewohner gemäß Punkt 15 und zur Kündigung durch den Heimträger gemäß Punkt 16 bleibt unberührt.

**14. Kündigung durch die Bewohnerin bzw. den Bewohner**

Die Bewohnerin bzw. der Bewohner kann diesen Vertrag auch wenn er befristet ist unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zum Monatsletzten kündigen. Des Weiteren kann sie bzw. er den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist sofort auflösen, wenn ihr bzw. ihm die Fortsetzung des Heimvertrags bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zuzumuten ist (etwa wenn das zur Nutzung überlassene Zimmer in einen Zustand geraten ist, den es zum vereinbarten Gebrauch untauglich macht, wenn das Zimmer oder die Sanitäranlagen gesundheitsschädlich sind oder wenn bei der Pflege gravierende Mängel

aufgetreten sind) .

Der Heimträger hat die Bewohnerin bzw. dem Bewohner, deren bzw. dessen Vertreterin bzw. Vertreter sowie der Vertrauensperson unverzüglich schriftlich den Erhalt der Kündigung zu bestätigen.

### **15. Kündigung durch den Heimträger**

Der Heimträger kann diesen Vertrag nur (allerdings auch wenn er befristet ist) aus wichtigen Gründen kündigen. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- der Betrieb des Heims eingestellt, wesentlich eingeschränkt oder in seiner Art verändert wird.
- der Gesundheitszustand der Bewohnerin bzw. des Bewohners sich so verändert hat, dass ihre bzw. seine sachgerechte medizinisch gebotene Betreuung und die Pflege im Heim nicht mehr möglich ist
- die Bewohnerin bzw. der Bewohner dem Heimbetrieb trotz einer Ermahnung des Heimträgers fortgesetzt derart schwer stört, dass dem Heimträger oder den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern ihr bzw. sein weiterer Aufenthalt im Heim nicht mehr zugemutet werden kann.
- die Bewohnerin bzw. der Bewohner trotz einer nach Eintritt der Fälligkeit erfolgten Ermahnung und Mitteilung der drohenden Konsequenzen mit der Zahlung des Entgelts mindestens zwei Monate in Verzug ist.

Im ersten Fall kann der Heimträger den Vertrag unter Einhaltung einer dreimonatigen sonst unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zum Monatsletzten kündigen. Im Fall des Vorliegens einer der ersten zwei angeführten Kündigungsgründe hat sich der Heimträger zu bemühen, der Bewohnerin bzw. dem Bewohner eine angemessene anderweitige Unterbringung zu zumutbaren Bedingungen zu verschaffen. Im Fall des Vorliegens des dritten Kündigungsgrundes hat der Heimträger alle zumutbaren Maßnahmen zu unternehmen, um weitere Störungen zu vermeiden. Dazu gehört insbesondere die Vermittlung adäquater medizinischer, psychotherapeutischer oder psychologischer Behandlungen.

Der Heimträger verständigt zugleich mit der Kündigung die zuständige Bezirkshauptmannschaft, sofern die Bewohnerin bzw. der Bewohner dem nicht widerspricht. Eine bereits ausgesprochene Kündigung wegen Nichtbezahlung des Entgelts wird unwirksam, wenn innerhalb eines Monats nach Ausspruch der Kündigung das volle Entgelt entrichtet wird bzw. der Sozialhilfeträger der Bewohnerin bzw. dem Bewohner die Kostentragung Bescheid-mäßig zugesprochen hat.

### **16. Beendigung des Vertrages durch Todesfall**

Im Falle des Ablebens der Bewohnerin bzw. des Bewohners endet der Vertrag mit dem Todestag automatisch. Das Zimmer ist von den Bevollmächtigten innerhalb fünf Tagen zu räumen. Bereits im Voraus bezahltes Entgelt ist den Rechtsnachfolgern (Verlassenschaft oder Erben) aliquot zurückzuerstatten. Der Heimträger verpflichtet sich über die im



Eigentum der Bewohnerin bzw. des Bewohners stehenden Sachen – nach Tunlichkeit unter Beiziehung der Vertrauensperson, der Angehörigen oder zumindest zweier Zeuginnen oder Zeugen – ohne Verzug ein Inventar aufzunehmen, wobei vorgefundenes Bargeld, Einlagebücher, Schmuck und sonstige Wertgegenstände entweder in seine Verwahrung zu nehmen oder der für die Verlassenschaftsabhandlung zuständigen Person zu übergeben sind.

- Die übrigen Fahrnisse werden bis zur Freigabe durch das Verlassenschaftsgericht eingelagert. Ab dem 1. Monat nach dem Todestag wird eine Lagergebühr von monatlich Euro 91,20 verrechnet.
- Der Heimträger verfügt über keine ausreichenden Lagermöglichkeiten und ist daher berechtigt von den Erben die Abholung der eingelagerten Fahrnisse innerhalb von 3 Monaten (nicht weniger als 3 Monaten, wobei die Frist im Einzelfall vom Wert der Sache abhängig ist) zu verlangen, widrigenfalls ist er berechtigt, die Räumung und Entsorgung auf Kosten des Nachlasses selbst zu veranlassen.

Wenn keine Erben vorhanden sind und das Verlassenschaftsgericht nichts Gegenteiliges anordnet, gehen die Gegenstände nach Abschluss des Verlassenschaftsverfahrens ins Eigentum des Heimträgers über.

### **17. Pflichten des Heimträgers**

Für die ordnungsgemäße Erbringung der vertraglichen Leistungen haftet der Heimträger uneingeschränkt nach den gesetzlichen Bestimmungen. Er verpflichtet sich unwiderruflich von der Bewohnerin bzw. dem Bewohner keine Erklärungen abzuverlangen oder entgegenzunehmen, die eine Einschränkung dieser Haftung bewirken würden.

Zu den Pflichten des Heimträgers zählen insbesondere:

- Erbringung der angemessenen Pflege
- Sorge zu tragen, dass die gebotene zeitgemäße medizinische Versorgung sowie eine adäquate Schmerzbehandlung erfolgt.
- Sicherstellung der Einhaltung der ärztlich verordneten medizinisch-pflegerischen Maßnahmen, insbesondere Verabreichung der Medikamente
- Sicherstellung der regelmäßigen Nahrungsaufnahme auf geeignete Weise, über die bloße Bereitstellung der Nahrung hinaus
- Hilfestellung beim Aufsuchen der Toilette und zur Verrichtung der Notdurft
- Hintanhaltung einer Verwahrlosung der Bewohnerin bzw. des Bewohners
- Führung einer Pflegedokumentation, die auch eine allfällige Patientenverfügung der Bewohnerin bzw. des Bewohners umfasst.
- Verpflichtung des Heimträgers bei Bedarf eine Sachwalterin bzw. einen Sachwalter für die Bewohnerin bzw. den Bewohner anzuregen.

### **18. Rechte der Bewohnerin bzw. des Bewohners**

Der Heimträger sorgt in seinem Wirkungsbereich besonders für die Wahrung folgender

Rechte der Bewohnerin bzw. des Bewohners:

- Recht auf angemessene Pflege
- Recht auf respektvolle Behandlung sowie auf Wahrung der Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung
- Recht, den individuellen Lebensrhythmus nach Möglichkeit fortführen zu können sowie auf persönliche Kleidung und auf eigene Einrichtungsgegenstände
- Recht, in der Privat- und Intimsphäre geschützt zu werden
- Recht auf Verkehr mit der Außenwelt sowie darauf, jederzeit besucht werden zu dürfen, sofern die Hausordnung nicht zum Schutz anderer Bewohnerinnen und Bewohner Beschränkungen vorsieht und auf Benützung von Fernsprechern
- Recht auf Wahrung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses
- Recht auf Wahrung der bürgerlichen und verfassungsgemäßen Rechte, insbesondere auch auf Wahrung der politischen und religiösen Selbstbestimmung, auf freie Meinungsäußerung, auf freie Versammlung und auf die Bildung von Vereinigungen, insbesondere zur Durchsetzung der Interessen der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner
- Recht auf Gleichbehandlung ungeachtet des Geschlechts, der Abstammung und Herkunft, der Rasse, der Sprache, der politischen Überzeugung und des religiösen Bekenntnisses
- Recht auf Aufklärung über therapeutische und pflegerische Maßnahmen und Methoden sowie Recht auf Einsicht in entsprechende Unterlagen, insbesondere in die Pflegedokumentation
- Recht auf Vertraulichkeit hinsichtlich der persönlichen Angelegenheiten
- Recht auf Zugang zur Informations- und Beschwerdestelle und zur Patientenadvokatur
- Recht auf die gebotene zeitgemäße medizinische Versorgung, auf freie Arzt- und Therapiewahl und auf eine adäquate Schmerzbehandlung
- Recht auf Unterstützung nach religiöser Betreuung und persönlicher Begleitung
- Die Bewohnerin bzw. der Bewohner hat die Möglichkeit, für den Fall ihrer bzw. seiner späteren Äußerungsunfähigkeit bzw. Einsichts- und Urteilsfähigkeit mittels Verfügung festzulegen, dass sie bzw. er das Unterbleiben bestimmter Behandlungsmethoden wünscht, damit darauf bei allfälligen medizinischen Entscheidungen Bedacht genommen werden kann. Diese Patientenverfügung kann die Bewohnerin bzw. der Bewohner beim Heimträger hinterlegen.

#### **19. Namhaftmachung einer Vertrauensperson bzw. einer auskunftsberechtigten Person**

Die Bewohnerin bzw. der Bewohner macht .....  
(Name, Adresse, Telefonnummer) als Vertrauensperson bzw. als auskunftsberechtigte Person im Sinne des Pflegeheimgesetzes namhaft, die sich in allen Angelegenheiten an die Heimleitung wenden kann und der Auskünfte zu erteilen sind und auf Verlangen Einsicht in die Pflegedokumentation zu gewähren ist.

Es steht der Bewohnerin bzw. dem Bewohner frei, auch nachträglich jederzeit eine andere

Vertrauensperson bzw. auskunftsberechtigte Person an Stelle der ursprünglichen zu benennen.

## **20. Pflichten der Bewohnerin bzw. des Bewohners**

Die Bewohnerin bzw. der Bewohner hat ihre bzw. seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Dazu zählen insbesondere:

- die Pflicht zur Bezahlung des Entgelts wie im Vertrag terminlich festgelegt
- die gebotene Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der Mitbewohnerinnen und Mitbewohner
- der schonende Umgang mit den zur Nutzung überlassenen Räumlichkeiten samt Inventargegenständen
- die Einhaltung der bestehenden Heimordnung, soweit diese nicht mit den vertraglichen Rechten der Bewohnerin bzw. des Bewohners im Widerspruch stehen

## **21. Mitbestimmung der Bewohnerin bzw. des Bewohners**

Die Bewohnerin bzw. der Bewohner hat

- das aktive und passive Wahlrecht bei der Wahl der Bewohnervertretung
- das Recht auf Teilnahme an Bewohner- und Angehörigenversammlungen
- das Recht auf Beschwerde und Behandlung derselben
- das Recht, Vorschläge in allen Heimbelangen einschließlich Fragen der Heimordnung zu erstatten.

## **22. Vorgehensweise bei akuter bzw. schwerer Erkrankung**

Wenn die Bewohnerin bzw. der Bewohner in ein Krankenhaus aufgenommen werden muss, bleibt das Zimmer ohne ausdrückliche Kündigung für die Bewohnerin bzw. den Bewohner reserviert und wird weiterhin im Ausmaß des Punktes 11 verrechnet.

## **23. Zimmer- und Haustürschlüssel**

Die Bewohnerin bzw. der Bewohner erhält auf Wunsch einen Zimmer- und einen Haustürschlüssel. Für jeden Schlüssel ist eine Kautionshöhe von Euro 25,00 zu hinterlegen. Die Schlüssel bleiben im Eigentum des Heimträgers. Die Weitergabe an Dritte bedarf dessen Zustimmung. Der Verlust ist unverzüglich der Heimleitung zu melden.

## **24. Datenschutz**

Die Bewohnerin bzw. der Bewohner ist damit einverstanden, dass ihre bzw. seine Daten, soweit sie für die Aufnahme in und die Zusammenarbeit mit den Krankenanstalten sowie allenfalls für die Unterstützung bei der Antragstellung auf Sozialhilfe und Pflegegeld erforderlich sind, erhoben und automationsunterstützt verarbeitet werden und der behandelnde Arzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Heimträgers über etwaige

besondere Erfordernisse bei der täglichen Pflege informiert und derzeit bekannte Dauerdiagnosen schriftlich oder mündlich mitteilt.

Des Weiteren willigt die Bewohnerin bzw. der Bewohner ein, dass die Daten im Falle einer Verlegung auf schriftlichen oder elektronischem Wege zum Zwecke der Verlegung (beispielsweise Verlegungsbericht Krankenhaus) an die entsprechenden Stellen weitergeleitet werden, wie auch zu der verpflichteten Weitergabe der Daten an das Land Vorarlberg.

Hinweise zum Datenschutz im Anhang auf der letzten Seite.

### **25. Ermahnung**

Wenn die Bewohnerin bzw. der Bewohner ihre bzw. seine Pflichten aus dem Vertrag gröblich verletzt oder den Betrieb des Heimes schwerwiegend gestört hat, wird sie bzw. er vom Heimträger ermahnt und auf die möglichen Folgen der Fortsetzung ihres bzw. seines Verhaltens hingewiesen. Zu dieser Ermahnung werden die Vertreterin bzw. der Vertreter der Bewohnerin bzw. des Bewohners und die Vertrauensperson unter Bekanntgabe des Grundes mit eingeschriebenem Brief geladen. Der Heimträger folgt der Bewohnerin bzw. dem Bewohner, deren Vertreterin bzw. Vertreter und der Vertrauensperson unverzüglich eine Abschrift der Ermahnung aus oder übersendet diese mit dem eingeschriebenen Brief.

### **26. Ergänzende Vereinbarungen**

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform, doch sind formlose Erklärungen des Heimträgers gültig, wenn sie dem Vorteil der Bewohnerin bzw. des Bewohners dienen. Zu den vorzunehmenden Änderungen oder Ergänzungen ist die Vertrauensperson beizuziehen.

### **27. Gerichtsstand**

Für Klagen des Heimträgers gegen die Bewohnerin bzw. den Bewohner aus diesem Vertrag ist nur jenes Gericht örtlich zuständig, in dessen Sprengel die Bewohnerin bzw. der Bewohner ihren bzw. seinen Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Für Klagen der Bewohnerin bzw. des Bewohners gegen den Heimträger ist auch jenes Gericht örtlich zuständig, in dessen Sprengel der Sitz des Heimträgers liegt.

### **28. Sonderregelungen bei Kurzzeitpflege**

- Das Entgelt richtet sich nach der Einstufung in eine Pflegestufe entsprechend dem jeweiligen Betreuungs- und Pflegebedarf. Das Entgelt wird im Nachhinein in Rechnung gestellt.
- Der Vertrag ist auf einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen (Punkt 2.2.) und kann gegen den Willen einer Partei nur aufgelöst werden, wenn dem auflösenden Vertragsteil die Fortsetzung des Vertrages unzumutbar ist. Der Vertrag endet

- jedenfalls durch den Tod der Bewohnerin bzw. des Bewohners.
- Erscheint die Aufnahmewerberin (Bewohnerin) bzw. der Aufnahmewerber (Bewohner) nicht am vereinbarten Antrittstag oder tritt sie bzw. er später als 10 Tage vor dem vereinbarten Antritt des Heimaufenthaltes vom Vertrag zurück, so ist der Heimträger berechtigt, der Bewohnerin bzw. dem Bewohner 80% des Entgelts für den vereinbarten Heimaufenthalt der Pflegestufe 3 in Rechnung zu stellen. Wird die Aufnahmewerberin bzw. der Aufnahmewerber vor dem vereinbarten Antrittstermin in ein Krankenhaus aufgenommen oder verstirbt sie bzw. er, verzichtet der Heimträger auf eine Entschädigung.

Rankweil, am .....

.....  
Die Bewohnerin bzw der Bewohner

.....  
Heimträger:  
**Sozialzentrum Rankweil GmbH**  
**6830 Rankweil, Klosterreben**

.....  
In Vertretung (falls zutreffend):

## Informationen zum Datenschutz

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Sozialzentrum Rankweil gGmbH und die Ihnen nach dem Datenschutzgesetz zustehenden Rechte gemäß der ab 25. Mai 2018 in Kraft tretenden EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

### **Verantwortlicher für die Datenverarbeitung**

Sozialzentrum Rankweil gGmbH, Klosterreben 4, 6830 Rankweil

Telefon: 0043 (0) 5522 44278

Mail: [info@sz-rankweil.at](mailto:info@sz-rankweil.at)

Für Fragen zur Verarbeitung Ihrer Daten kontaktieren Sie unseren

Datenschutzbeauftragten Herr Alexander Denz, BSC. BIS unter folgender Telefonnummer:

0043 (0) 5552 21507 oder per Mail an [office@sd-win.com](mailto:office@sd-win.com).

### **Zwecke für die Verarbeitung personenbezogener Daten**

Vorrangiger Zweck für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist die (vor)vertragliche Abklärung, Aufnahme, Dokumentation, Verwaltung und Abrechnung der erbrachten Leistungen an und um die Bewohnerin bzw. den Bewohner. Ihre Daten werden für die Bearbeitung der Pflegeleistungen, der Dokumentation von Medikamenten und sonstigen pflegerischen Tätigkeiten und Maßnahmen, sowie für die Rechnungslegung verarbeitet und gespeichert. Wenn Sie uns diese Daten nicht oder nicht im benötigten Umfang zur Verfügung stellen, können wir das von Ihnen gewünschte Vertragsverhältnis unter Umständen nicht erfüllen.

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre Daten für interne und statistische Zwecke wie der Analyse von Pflegekennzahlen, Altersschnitt unserer Bewohner und dergleichen.

### **Rechtsgrundlage der Verarbeitung der Daten**

Die Daten werden aufgrund der Erlaubnistatbestände nach der DSGVO, vorrangig aber zur Vertragserfüllung, zur Wahrung unserer berechtigten Interessen und zur Erfüllung von rechtlichen und vertraglichen Verpflichtungen verarbeitet. Dies gilt ebenfalls für die Verarbeitung von besonders geschützten personenbezogenen Daten, wie z.B. Ihre Gesundheitsdaten, die aufgrund unserer Tätigkeit als Kerngeschäft zu sehen sind.

### **Kategorien von Empfängern**

Soweit dies zur Vertragserfüllung erforderlich oder gesetzlich vorgeschrieben ist, übermitteln wir im Einzelfall notwendige Daten an die damit befassten Empfänger, wie externe Dienstleister, das Land Vorarlberg, Ärzte, Krankenhäuser, Sachverständige, Sozialversicherungsträger, Gemeinden, Bezirksgerichte oder Bezirkshauptmannschaften.

### **Übermittlung an Empfänger in Drittländern**

Es werden keinerlei personenbezogene Daten an Unternehmen oder Private in einem Drittland übermittelt.

### **Speicherdauer (Löschfristen)**

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur solange und soweit das für die

obengenannten Zwecke erforderlich ist oder wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Dabei berücksichtigen wir die entsprechenden Verjährungs- und Aufbewahrungsfristen, welche im Falle von Gesundheitsdaten bis zu 30 Jahre betragen können.

### **Rechte der betroffenen Personen**

Sie haben bei Vorliegen der dafür erforderlichen Voraussetzungen folgende Rechte: Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde sowie ab 25.05.2018 das Recht Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit. Wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, dann haben Sie das Recht diese jederzeit zu widerrufen. Diese Daten werden wir dann nicht weiterverarbeiten, sofern nicht ein anderer Grund für die rechtmäßige Verarbeitung vorliegt.

Eine ausführliche Information über die Verarbeitung ihrer Daten und unserer Datenschutzinformationen übersenden wir Ihnen auf Wunsch auch gerne postalisch oder per Mail.